

Umweltstation wird aufgeschoben

Haushalt erlaubt erst einmal keinen Neubau in Landau – Beschluss im Kreisausschuss

Von Sophia Wimmer

Landau/Dingolfing. Die wirtschaftlichen Herausforderungen zeigen auch Auswirkungen auf Landkreisebene: So entschied sich der Kreisausschuss in der Sitzung am Montag aufgrund der aktuellen Haushaltslage sowie „nicht vorhersehbaren Entwicklungen bei anderen laufenden Projekten“ für einen Aufschub der Realisierung der Umweltstation in Landau.

Das laufende VgV-Verfahren wird somit ohne weitere Auftragsvergabe abgeschlossen – Alternativen, die den Gedanken der Umweltstation weiterverfolgen, werden allerdings in absehbarer Zeit ausgearbeitet, so der Beschluss. Dabei gab es durchaus Diskussionsbedarf – was das Abstimmungsergebnis von Acht zu Vier zeigt.

Mobile Umweltstation ohne Gebäude

Ein Rückblick: Im Oktober 2021 beschloss der Kreistag die Errichtung der Umweltstation, im März 2022 wurde ein Realisierungswettbewerb durch den Bauausschuss beauftragt. Das Ergebnis: Vier Wettbewerbsarbeiten wurden mit Preisen ausgezeichnet. Zu einer finalen Entscheidung kam es nicht – diese wurde im November aufgrund der Haushaltslage vertagt. „Wir sind eine anerkannte Umweltstation, das ist nicht abhängig von einem Gebäude“, betonte Landrat Werner Bumedder und meinte weiter: „Wir haben uns auch intensiv ausgetauscht, dass wir mit Kooperationen ein Stück weit als mobile Umweltstation umsetzen können.“

Thomas Lorenz (FJW) stimmte dem Beschluss grundsätzlich zu – schlug zugleich aber einen Änderungsvorschlag zum letzten Absatz vor, der eine Umsetzung des Neubaus notiert. Noch konkreter folgte der Vorschlag von Christine Aigner (Die Grünen). „Ich glaube nicht, dass sich die Haushaltslage verbessern wird“, so die Kreisrätin, die an der ursprünglichen Umsetzung festhielt. Ganz anders der Änderungsvorschlag von Jörg Marohn (AfD): Aufgrund der finanziellen Lage sehe er in den nächsten Jahren keine Chance, das Projekt zu realisieren.



Auf diesem Landauer Pendlerparkplatz sollte die Umweltstation entstehen.

Foto: Johannes Bäumel

„Man sollte das Projekt auf Eis legen“, so der Wunsch des Kreisrats. Nicht zufrieden mit diesem Ansatz zeigte sich Karl Wolf (ÖDP). „Wir haben die Vorbereitungen ja schon gemacht.“ Man müsse dranbleiben – „sonst gibt es keine Umweltstation mehr.“ Er schlug eine Vertagung von einem Jahr als Änderung des Beschlusses vor.

Kreis übernimmt Defizit der Volkshochschulen

Nach weiteren Diskussionen stellte Landrat Bumedder vor allem eins klar: „Wir haben keine prekäre Haushaltssituation – aber wir haben Herausforderungen vor uns.“ Er machte klar Schiff – und zeigte die Änderungsvorschläge in weitestgehender Reihenfolge auf, nach welcher abgestimmt wurde. Letzt-

lich entschied man sich für den vorliegenden Beschluss, der an einer Vertagung des Neubaus festhält. Einigkeit bestand hingegen beim zweiten Beschluss des Tages: Auf Antrag der Volkshochschulen Dingolfing und Landau übernimmt der Landkreis das Defizit von gut 34000 Euro zur Finanzierung von Sprachkursen für Asylbewerber und Flüchtlinge in 2024. Landrat Bumedder betonte, dass es sich um mögliche Kursbesucher handelt, die arbeiten wollen – allerdings ein gewisses Sprachniveau (B1/B2) benötigen. Allerdings seien aktuell die Kapazitäten begrenzt. „Das ist nichts, was wir erfunden haben, sondern in Absprache mit den Unternehmen und der VHS läuft“, so der Landrat weiter. Der Beschluss sehe weiterhin eine einmalige Zuschussung vor – man werde lang-

fristig erkennen, welche Effekte diese Maßnahme nach sich zieht.

Weitere Punkte, über die Bumedder in der Sitzung informierte, waren etwa die Pflegesatzverhandlungen in den Kreisseniorenheimen Reisbach und Mengkofen. Aufgrund gestiegener Personal- und Sachkosten werde sich eine Erhöhung von – je nach Fallbeispiel – zwei bis sechs Prozent der Gebühren ergeben. „Wobei man auch sagen muss, dass die Leistungen der Pflegekasse auch ein bisschen ansteigen“, führte Bumedder fort, „sodass wir denken, dass es durchaus moderat ist.“

Auch einen Amtswechsel gab Bumedder bekannt – auf die bisherige Kreisrätin Franziska Sänftl (Die Grünen), die ihr Mandat zum 18. Dezember zurückgibt, folgt der Mengkofener Parteikollege Josef Strohhofer.